

DIE WELTWOCHEN

«Es soll keine Gratisbürger geben»

Rolf Schäuble steuerte die Bâloise-Versicherung mit Erfolg. Im Gespräch analysiert er, woran die Schweizer Wirtschaftspolitik krankt, und er zeigt, wie das Land wieder fitter werden kann.

Von Philipp Gut und Savatore Vinci (Bild)



• Philipp Gut

Die *Weltwoche* traf Rolf Schäuble in dessen Haus in Lenzburg AG. Der Blick aus dem Fenster geht auf eine grosse neue Wohnüberbauung, im Hintergrund thront der Staufberg mit seinem jahrhundertealten Kirchlein. Schäuble hat als Verwaltungsratspräsident und CEO die Bâloise jahrelang geprägt. Er ist bekannt dafür, unerschrocken und klar seine Meinung zu sagen, die auf seiner jahrzehntelangen Führungserfahrung in der Finanzwirtschaft gründet.

Herr Schäuble, betrachten wir die Schweiz einmal unter dem «medizinischen» Gesichtspunkt. Wie lautet Ihre Diagnose?

Verglichen mit andern Ländern, geht es der Schweiz gut.

Aber das ist nicht ausschlaggebend, wir wollen schliesslich besser werden. Ich beobachte aber eine markante Verschlechterung auf wichtigen Gebieten. Gemäss der neusten Studie der Weltbank verliert die Schweiz seit 2005 deutlich an Terrain.

Welche Ursachen machen Sie aus?

Die Regulierung ist einer der Hauptpunkte, die uns hindern, mehr Wohlstand zu haben. Es ist unglaublich, was wir heute an Gesetzen und Vorschriften produzieren. Ein anderer Punkt ist die soziale Wohlfahrt mit dem Dreisäulenprinzip. Mit diesem waren wir weltweit führend; aber wir laufen jetzt in eine Katastrophe hinein.

Bleiben wir noch einen Moment bei diesem Vorschriften-Dschungel. Woher kommt das?
Die Politiker sind ja grundsätzlich dazu da, Gesetze zu machen. Aber niemand sagt, sie müssten so viele Gesetze machen. Ereignet sich irgendein einzelner Vorfall, etwa ein Hundebiss, dann ruft man sofort nach einer neuen Vorschrift. Kommt hinzu, dass sich die Politiker profilieren wollen, indem sie permanent Vorstösse einreichen. Ich kenne schlicht keinen Politiker, der sich konsequent für den Abbau von -
Regulierungen einsetzt.

Mit welchen Massnahmen würden Sie die Regulierungswut eindämmen?

Die FDP spricht sich seit Jahren für weniger Staat und weniger Regulierungen aus, zumindest im Parteiprogramm. Ich bin überzeugt, dass es letztlich nur ein wirksames Mittel gibt: knappe finanzielle Ausstattung. Einfach weniger Geld. Dann sind die sinnlos teuren Projekte nicht mehr möglich.

Auch der Fiskus zieht die Schrauben an.

Mit der Unternehmenssteuerreform III müssen wir – wohlverstanden auf internationalen Druck hin – Massnahmen ergreifen, die zu etwas weniger Steuereinnahmen führen. Wir haben eine extrem ungleiche Steuerlastverteilung. Die Bundessteuer ist eine reine Reichensteuer. Wenige Prozente der Bevölkerung zahlen 90 Prozent der Steuereinkünfte.

Manche Leute zahlen überhaupt keine Steuern. Eine wachsende Schicht lebt auf Kosten des Staats, also der Mitbürger. Was bedeutet das für die Politik?

Jedermann sollte Steuern zahlen – eigentlich ein Grundsatz, der klar sein sollte. Und wer wirklich nicht zahlen kann, der könnte das abgelten durch einen Dienst an der Gemeinschaft. Es soll keine Gratisbürger geben. Jeder soll spüren, was der Staat für ihn macht. Was nichts kostet, ist nichts wert, das gilt auch auf diesem Gebiet.

Die Progression bei den Steuern ist gewaltig. Wäre eine Flat Tax nicht gerechter?

Die Progression ist in der Schweiz so krass, dass es nur sehr wenige sehr stark trifft. Und sie hat den negativen Effekt, dass sie Anreize verhindert und Leistung mindert: Wenn ich mehr arbeite, muss ich mehr bezahlen. Die Flat Tax? – Ja, natürlich. Das bedeutet mehr Steuereinnahmen netto bei tieferem Steuersatz. Die Leute könnten somit mehr konsumieren. Auch die Mehrwertsteuer könnte man vereinfachen, mit einem Einheitssatz von sechs, sieben Prozent. Der Nussgipfel bleibt ein Nussgipfel, egal, ob sie ihn drinnen oder draussen essen oder beim *Beck* kaufen.

Dass die Linke möglichst hohe Steuern für die Wohlhabenden will, ist bekannt. Warum schaffen es aber die Bürgerlichen nicht, das System zu reformieren?

Wir müssen zuerst definieren, wer die Bürgerlichen sind. Nicht einmal die ganze FDP ist bürgerlich, die SVP auch nicht immer, etwa wenn es um die Bauern geht. Die CVP ist die unzuverlässigste Partei überhaupt. Möglicherweise wird das im neuen Parlament etwas besser. Das Grundproblem ist: Wir haben einfach keine Persönlichkeiten in der Politik, die etwas konsequent durchziehen. Meine Erfahrung aus zahlreichen Gesprächen ist, dass die Politiker immer gleich reagieren: «Du hast schon recht», sagen sie, verweisen dann aber auf gegenseitige Abhängigkeiten und Kompromisse. Die Politik ist eine riesige Klüngelei.

Wie könnte denn der deklamierte bürgerliche Schulterschluss gelingen?

Ich schlage seit Jahren vor, dass sich die bürgerlichen Parteien jeweils auf zwei, drei zentrale Legislaturziele in Kernbereichen einigen. Gelingt das nicht, steuern wir auf den Abgrund zu.

Sie übertreiben!

Schön wär's. Nehmen Sie die soziale Sicherheit: Sie wird immer teurer, irgendwann wird das Geld dafür nicht mehr reichen. Die staatliche Entwicklungshilfe könnte man grösstenteils streichen. Dieses Geld ist zum Fenster hinausgeworfen. Anders ist es mit privater Hilfe, das bringt etwas, im Übrigen auch in den Schweizer Berggebieten. Schliesslich sind auch in der Landwirtschaftspolitik viele Gelder fehlgeleitet. Die Bauern kassieren Milliarden und bringen kaum Wertschöpfung.

Welches Gegenmittel gegen den ausufernden Staat empfehlen Sie?

Am Anfang steht das Anspruchsdenken und nicht mehr die eigene Leistung. Früher hatte der Ernährer der Familie ein Ziel: die Familie durchzubringen. Notfalls schränkte man sich ein. Heute erhebt man Anspruch auf mehrere Ferien pro Jahr und auf mindestens ein Auto. Ähnliches gilt bei der Familienbildung: Man stellt Kinder auf und erwartet, dass der Staat die Kosten übernimmt. Diese Anspruchshaltung finden Sie in allen Bereichen.

Ein von vielen noch unterschätztes Problem ist die Altersvorsorge – ein Kernbereich Ihrer Tätigkeit in der Assekuranz.

Die Entwicklung ist zunächst einmal positiv: Wir werden alle immer älter, und zwar gesünder älter. In der Bundesverfassung haben wir ja das Dreisäulenkonzept. Die erste Säule wird finanziert durch ein Umlageverfahren: Die Jungen zahlen für die Alten. Die zweite ist ein Kapitaldeckungsverfahren, wir sparen zusammen mit dem Arbeitgeber. Die dritte ist die individuelle Vorsorge. Sowohl die erste wie die zweite Säule haben erhebliche Schwierigkeiten: Es gibt immer weniger Zinsen, und immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte bezahlen. Die Finanzierung funktioniert so nicht mehr. Wir müssen länger im Erwerbsleben bleiben.

Sie plädieren also für ein höheres Rentenalter?

Angemessen wäre ein Rentenalter siebzig – für Mann und Frau. Heute werden die Frauen früher pensioniert, dabei leben sie länger. Dieses tiefere Pensionsalter wurde einst eingeführt, weil man Überschüsse bei der AHV hatte und damit die Frauen begünstigen wollte. Gleichzeitig müsste man eine Flexibilisierung einführen, etwa für Schwerarbeiterjobs. Damit müssten aber natürlich auch finanzielle Einbussen verbunden sein. Die Finanzierung der AHV mittels Mehrwertsteuer ist eine Katastrophe, denn damit verbessern wir ja das in Schieflage geratene System nicht.

Sind auch Rentenkürzungen nötig?

Das wäre ideal, ist aber wohl politisch nicht realistisch. Wenn es nicht anders geht, ist allerdings auch dies ins Auge zu fassen.

Wie kann der Einzelne vorbeugen?

In der Versicherungsbranche diskutieren wir schon länger über eine vierte Säule: die Pflegeversicherung. Eine pflegebedürftige Person kann im Monat schnell 5000 bis 8000 Franken kosten. Da kommen gewaltige Kosten auf uns zu.

Wichtig für eine prosperierende Zukunft ist auch die Bildungspolitik. Im europäischen Vergleich verzeichnet die Schweiz eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit, nicht zuletzt dank dem dualen System und dem hohen Stellenwert der Berufslehre. Allerdings ist ein starker Trend zu einer Akademisierung aller möglichen Ausbildungsgänge auszumachen. Ist unser Erfolgsmodell in Gefahr?

Wir haben zweifellos eine Entwicklung hin zur Über-Akademisierung. Im Kanton Basel-Stadt bekommt man quasi mit der Geburt schon die Matura. Unserer Firma ist es kaum mehr gelungen, kaufmännische Lehrlinge aus Basel-Stadt zu rekrutieren. Es waren aber die Berufsleute, die die Schweizer Industrie gross gemacht haben.

Was wäre zu tun?

Es braucht eine schweizerische Matura, schliesslich kann man nachher die Universität frei wählen. Auch an den Universitäten müssen wir früher und strenger selektionieren. Die Unis müssen anders organisiert werden, und sie sollten auch etwas kosten.

Überproportional wächst die Zahl der Studierenden bei den Phil-I-Fächer.

Wir produzieren Hochschulabgänger, welche die Wirtschaft nicht aufnehmen kann. Niemand braucht alle diese Soziologen und Psychologen. Der Staat ist heute ein Auffangbecken für Berufe, die es nicht braucht.

Die besten Universitäten der Welt sind privat. Müsste man die tertiäre Bildung in der Schweiz nicht auch privatisieren?

Natürlich. Doch die Entwicklung läuft dem entgegen, jeder Kanton will eine eigene Hochschule. Der Qualität ist das nicht förderlich.

Wie beurteilen Sie die Fähigkeiten des politischen Personals? Könnte man mit ihm erfolgreich eine Firma führen?

Definitiv, nein! Das politische Personal ist in den vierzig Jahren, soweit ich es verfolge, immer schlechter geworden. Ich vermisse Persönlichkeiten in der Politik. Diese gab es auch bei den Linken, einer der Letzten ihrer Art war Helmut Hubacher. Auch Willi Ritschard war eine imposante Figur. Heute kennt die Linke die ö-Pünktchen nicht mehr: Es dreht sich alles ums Fordern, das Fördern spielt keine Rolle mehr. Aber auch auf der bürgerlichen Seite sieht es nicht viel besser aus.

Woran liegt's?

Heute gehen diejenigen in die Politik, die im Beruf nicht mehr weiterkommen. Die mangelnde Qualität der Basis spiegelt sich dann auch ganz oben, im Bundesrat. Die Regierung in der gegenwärtigen Zusammensetzung ist der Aufgabe nicht gewachsen. Bis jemand in einer grossen Firma an die Spitze kommt, wird er permanent beurteilt. In der Politik gilt das nicht. Nehmen Sie Herrn Parmelin: Der wurde von einem Tag auf den andern von einem Weinbauern zum Chef von Tausenden von Leuten. Selbst Tellerwäscherkarrieren in den USA dauern viel länger. Wie wird man Bundesrat? Indem man von nichts wirklich etwas versteht, dafür von allem ein bisschen etwas, und indem man nirgends aneckt.

Sehen Sie denn gar keine Lichtgestalten?

Es gibt immer Ausnahmen. Ihr Kollege Roger Köppel bringt frischen Wind ins Parlament. Dass sich Frau Martullo-Blocher bei ihrem gewaltigen Arbeitspensum zur Verfügung stellt, ist beeindruckend. Ich finde es lobenswert, dass sich Gerhard Pfister, Albert Rösti oder Petra Gössi das Amt des Parteichefs aufhalsen. Aber solche Figuren lassen sich an zwei Händen abzählen. Das reicht nicht.